

Buchloer Hofnarr

Fakten, Meinungen und Nachdenkliches mit
subjektiver Objektivität



Schon wieder → Seite 2

Ausgabe 34 – Der Buchloer Hofnarr erscheint in unregelmäßigen Abständen als reine Online-Ausgabe. Werden fremde Quellen verwandt, ist dies im jeweiligen Text angegeben. Sollten Sie einen Gastbeitrag oder einen Leserbrief veröffentlichen wollen, erklären sie sich mit der Nennung Ihres Namens und ihres Wohnorts einverstanden. Der Verantwortliche entscheidet über die Veröffentlichung. Verantwortlich: Hubert Zecherle / Buchloe 15.05.2020

Digitaler Fernunterricht Setzen 6?

Deutschland war auf einen digitalen Fernunterricht denkbar schlecht vorbereitet sagt die GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft) und wird dabei von einzelnen Politikern aller Parteien, Wirtschafts-, Eltern- und Schülervertretern unterstützt. Die GEW und die sonstige Mischpoke forderten bis jetzt allerdings mit ihren politisch bestens vernetzten Lobbyvertretern nie eine Vorbereitung auf digitalen Fernunterricht. Wer hätte den Schulen vor Corona Geld (Haushaltsmittel) genehmigt um sich auf digitalen Fernunterricht vorzubereiten? Hätten nicht die gleichen Klugscheißer zu Recht gesagt „Wieso wollt ihr euch auf Fernunterricht vorbereiten? Macht in der Schule einen ordentlichen Job!“ um die Gelder anders auszugeben. Schule muss nicht auf digitalen Fernunterricht vorbereitet sein, denn es gibt sehr, sehr, sehr, sehr viele gute Präsenzschulen in Deutschland, welche von den Schülern – wie man jetzt erst erfährt – auch sehr gerne besucht werden. Auch vielen Eltern wird erst jetzt der Wert der häufig so schlecht geredeten Schulen bewusst. Also warum hätte man sich auf digitalen Fernunterricht vorbereiten sollen? Um marode Schulen nicht sanieren zu müssen? Um mehr Schüler von weniger Lehrern unterrichten zu lassen, weil man im digitalen Fernklassenzimmer die Überfüllung nicht physisch wahrnimmt? Wenn das die Absicht hinter der Forderung nach dem Ausbau des digitalen Fernunterrichts sein sollte, kann der Staat zukünftig viel Geld sparen. Allerdings werden dann die Schüler dafür die Rechnung bezahlen: Weniger Fragemöglichkeiten, weniger Erklärungen, weniger Sozialkontakte, weniger Lehrer – Schüler – Beziehungen und auch erheblich weniger Lachen und Spaß während des Unterrichts.

Doppelstock- parker

für Fahrräder lösen die Nicht-Fahrradabstellprobleme am Buchloer Bahnhof meint die UBI (Unsinn Braucht Initiative), denn diese Doppelstockparker hätten sich in jeder größeren Stadt bewährt. Ja! Größere Stadt! Mit dichter hoher Bebauung! Mit viel Verkehr! Mit parkenden Autos auf der Straße! Mit Lärm! Mit dem Fahrrad als schneller Alternative zum Auto, für das es am Bahnhof keine Parkplätze gibt! Mit sehr engen Bahnhofsräumen! Die UBI (früher Unabhängige Bürgerinitiative für Buchloe, Lindenberg und Honsolgen e.V.) will weiterhin mehr Geld ausgeben als nötig um den Bahnhof Buchloe auf eine Situation vorzubereiten, die sie sonst zu verhindern sucht. Den Ausbau (engere, höhere Nachverdichtung und optimale Nutzung des Neubaugrunds nach denselben Grundsätzen) zur Stadt bremsen, aber Hochhäuser für Fahrräder bauen – JA!



Bildquelle: orion-bausysteme.de

Schuld und Vorbereitung



Bildquellen: progressive-charlestown.com; de.wikipedia.org

China ist an der weltweiten Corona-Pandemie schuld, behaupten einige Politiker, besonders der um seine Wiederwahl fürchtende US-amerikanische Präsident Donald Trump, dessen Twitterbeiträge und Pressekonferenzen häufig inhaltlich auf dem Niveau des Namensvetters aus Entenhausen sind (Quak quak quak quak).

China hat beim ersten Auftreten dieser bis dahin unbekannt Krankheit bestimmt nicht alles richtig gemacht. Wie gesagt – bis dahin unbekannt! Die Krankheit war zu erkennen und analysieren und dann mussten die möglichst richtigen Maßnahmen ergriffen werden. China riegelte die Gegend um Wuhan mit einer im Westen nicht denkbaren Rigorosität ab um die Verbreitung von Corona zu unterbinden und errichtete in Rekordzeit zusätzliche Krankenhäuser. Die Maßnahmen der chinesischen Regierung waren erfolgreich!

Alle anderen Länder der Welt hatten während des Krankheitsausbruchs und der ersten Krankheitswochen in China, Zeit sich vorzubereiten und eventuell aus den Fehlern in China zu lernen. Man hätte in jedem Land die eigenen Pandemiepläne überprüfen und seinen Bestand an medizinisch notwendigem Personal und Material aufstocken können. In einigen Ländern unterblieben selbst einfachste Vorbereitungsmaßnahmen und die Staatsführer machten sich über eine leichte Grippe (Trump, Bolsonaro, Johnson) lustig. Ob diese Politiker zu blöd waren, den Ernst der Lage zu erkennen oder ob ihnen die Menschen des eigenen Landes egal waren, da sie sich selbst der besten Behandlung sicher sind, ist unklar.

In anderen Ländern, z.B. Deutschland, wurde versucht, die sich aus dem jeweiligen wissenschaftlichen Wissen ergebenden Maßnahmen, umzusetzen. Die politischen Beschlüsse waren am Erhalt von menschlichem Leben auszurich-

ten und nicht zuerst an wirtschaftlichen Interessen. Und siehe da, dass angeblich kaputtgesparte deutsche Gesundheitssystem stellt sich als eines der leistungsfähigsten der Welt heraus. Weder die Intensivstationen, noch die Beatmungskapazitäten werden auch nur ansatzweise ausgelastet. Nicht dem Lebenserhalt dienende Operationen werden verschoben und vielleicht auch komplett gestrichen, da sie unter Umständen auch nur vor dem Hintergrund hoher Fallpauschalen notwendig waren und die medizinische Indikation eher im Hintergrund stand.

Nun rufen immer mehr Bürger, Wirtschaftsverbände und Politiker nach einem verbindlichen Fahrplan für Lockerungen, obwohl die meisten vernünftigen Politiker begründet sagen, dass man über Lockerungen des Lockdowns in regelmäßigen Abständen neu entscheiden müsste (abhängig auch von den jeweils neusten wissenschaftlichen Erkenntnissen). Wer verbindliche Fahrpläne bei unbekannt Krankheitsverläufen fordert, hätte auch von Christoph Kolumbus einen verbindlichen Reiseplan verlangen können, bevor er in unbekannte Gewässer aufbrach.

All die „Lockerungsschreier“ werden bei einem möglichen, dem sukzessiven Lockdownende geschuldeten, Anstieg der Infektions- und Todeszahlen nicht verantwortlich gemacht, sondern die Politiker, welche in der Verantwortung stehen und jetzt die Entscheidungen treffen müssen. Glauben die Lockdown – Kritiker ernsthaft, dass gewählte Regierungsmitglieder (Bund und Länder) leichtfertig die Wirtschafts- und Steuerkraft ihres (Bundes-)Landes ohne Not riskieren, obwohl sie genau diese für die nächsten Wiederwahlgeschenke brauchen?

Der Diesel ist tot, es lebe der Diesel

Im S7 Sportback TDI ... zeigt Audi ..., dass die Messe für den Diesel noch lange nicht gelesen ist. Für diese Erkenntnis reicht ein Blick auf den Bordcomputer. 9,1 Liter und keinen Tropfen mehr gönnte sich der Testwagen (Normverbrauch: 6,5 Liter) angesichts von 349 PS, Allradantrieb und es Komfort- sowie Platzniveaus eines viertürigen Großcoupés ein Maß an Effizienz, an das wohl keine alternative Antriebsart derzeit heranreicht ...Unfassbar, dass betrügen musste, wer solche Motoren bauen kann.
Quelle: Buchloer Zeitung 02.05.2020

Der Autor des Berichts war offensichtlich noch an ein mit Dieselausgasen betriebenes Beatmungsgerät angeschlossen, als er diesen literarischen Ausfluss produzierte. Das Auto brauchte nur 2,6 Liter mehr als den Normverbrauch? Fantastisch! Damit könnte ein moderner Kleinwagen 100 Kilometer weit fahren. Ein nagelneues angeblich modernes Auto, das leer 2010 Kilogramm wiegt, als der Weisheit letzten Schluss darzustellen ist schon sehr retro. Diese Wuchtbrumme geht ab wie Schmidts Katze, egal ob man das braucht oder nicht. Man könnte fahren wie eine gesengte Sau, das perfekte Corona-Auto, weil jetzt die Landstraßen und Autobahnen freier sind. Ich wünschte mir, die für diese Vintage-Kiste verantwortlichen Ingenieure würden ihren gesamten, zweifellos vorhandenen Sachverstand in die Entwicklung eines zeitgemäßen, meinetwegen auch mit Diesel angetriebenen, Autos stecken. Dann könnte der Autoredakteur über einen 800-Kilogramm-Auto berichten, welches fünf Personen Platz bietet, maximal zwei Liter Sprit braucht und bei jedem Verkehr bis 130 km/h mitschwimmen könnte. Dabei könnte er, berauscht vom entspannten Fahren, über den minimalen Ressourcenverbrauch dieses Minimalfahrzeugs fabulieren und orgiastische Sätze wie „Kaum zu glauben wie gut Motoren – Verbrecher resozialisiert werden können. Damit haben sie ihren Betrug mehr als gesühnt.“ schreiben

Fly me to the ... or Come fly with me

100 Millionen Menschen flogen 2019 von Deutschland aus ins Ausland, davon 22 Millionen interkontinental und knapp 23 Millionen Menschen flogen innerdeutsch. 2020 macht Corona ein weiteres Rekordjahr der Reiseweltmeister zunichte. Gut oder schlecht? Schadet das der Völkerverständigung mehr als es der Umwelt nützt? Sind Arbeitsplätze im Luftverkehrswesen wichtiger als die Sicherung der Lebensgrundlagen der Menschen?



Bildquelle: www.fallout-wiki.com

Geschäfts- und Urlaubsflugreisen werden nach der Überwindung der COVID-19-Reisepause wieder sprunghaft zunehmen, obwohl Videokonferenzen oder „Urlaubssparen“ der Umwelt und dem Geldbeutel richtig guttun.

Also Corona überlebt und dann weiter wie vorher und über Umweltschutz, wenn er nicht durch eine Pandemie erzwungen wird, diskutieren und hinauszögern, damit es der „Wirtschaft“ und dem „Tourismus“ gut geht?

Nein!

Flugreisen müssen weiter möglich sein. Aber sozial ausgewogen. Flugreisen müssen genauso bewirtschaftet werden wie CO₂-Zertifikate. Jeder Staat – oder noch besser die EU – teilt jedem Bürger

ein CO₂-basiertes Flugrecht zu. Jeder Bürger hat dann einmal im Jahr die Möglichkeit im Rahmen seines CO₂-Flugrechts eine Flugreise zu buchen. Will ein Bürger sein Recht nicht wahrnehmen, kann er / sie /es das Recht veräußern, so dass jemand anderes ein zweites / drittes / ... Mal verfliegen kann. Dies gibt Menschen mit für eine Flugreise zu geringem Einkommen die Möglichkeit, am Wohlstand anderer zu partizipieren. Der Verkauf dieser CO₂-Flugrechte ist sozialversicherungspflichtig, so dass daraus auch ein Rentenanspruch entsteht.

Analog ist mit Geschäftsreisen zu verfahren. Jeder Betrieb (egal ob Konzern oder Handwerksbetrieb) bekommt das Recht zu zwei Flugreisen pro Jahr (CO₂-Äquivalente) zugeteilt. Betriebe mit dem Wunsch zu mehr Flugreisen müssen dann mit dem Erwerb der Rechte andere Betriebe unterstützen. Dies wird zu einem sehr viel strengeren Controlling bei der Genehmigung von Geschäftsreisen führen und mittelfristig in einer Reduzierung des Reiseaufwands münden.

Der Wettbewerb der Fluglinien wird sich auf das Angebot der modernsten, weil sparsamsten Flugzeugmodelle konzentrieren, damit die Menschen mit ihren CO₂-Flugrechten möglichst weit fliegen können.

Wer Interkontinentalflüge plant, könnte auch CO₂-Flugrechte über mehrere Jahre ansparen und sogar vererben.

Auch die Übertragung bzw. das Verschenken von Flugrechten an Familienmitglieder sollte erlaubt werden.

08. Mai 1945 75 Jahre später

Feiern wir einen „Tag der Befreiung“ vom Nationalsozialismus oder feiern wir den Tag der Beendigung des von Deutschland verursachten Zweiten Weltkriegs oder was feiern bzw. gedenken wir zu diesem Jubiläum?

Ein Tag der Befreiung war der 8. Mai 1945 mit Sicherheit für die Menschen aller Länder, welche von Deutschland und seinen Verbündeten überfallen und ausgebeutet wurden.

Ein Tag der Befreiung war der 8. Mai 1945 mit Sicherheit auch für alle Soldaten, welche unter Einsatz ihres Lebens gegen den von Deutschland verbreiteten Terror kämpften.

Ein Tag der Befreiung war der 8. Mai 1945 mit Sicherheit auch für die wenigen Überlebenden der von Deutschland betriebenen Konzentrationslager.

Noch kein Tag der Befreiung war der 8. Mai 1945 für die im Pazifik gegen den deutschen Verbündeten Japan kämpfenden Amerikaner, Australier, Briten, Chinesen und Angehörigen der sonstigen von Japan überfallen Länder.

Fühlten sich die Deutschen befreit? Wer befreit werden kann, muss vorher unterdrückt oder gefangen sein.

Das war die große Mehrheit der Deutschen nicht. Hitler kam legal an die Macht und erfuhr die Unterstützung eines Großteils der deutschen Bevölkerung (zumindest bis nach dem Sieg über Polen, Dänemark, Norwegen, Belgien, Niederlande und Frankreich).

Viele Deutsche bereicherten sich am „Verschwinden“ ihrer deutschen jüdischen Mitbürger und wollten nicht wahrnehmen, mit welchen Mitteln die zuerst Ausgrenzung und später physische Vernichtung ihrer Mitbürger (und vieler Bürger unterworfenen Länder) vollzogen wurde.

Wir sollten also nicht einem Tag der Befreiung gedenken, der viele Täter / Bürger / Deutsche nachträglich zu Opfern (Gefangenen) des Nationalsozialismus macht, sondern den echten Opfern des Nationalsozialismus gedenken, den vielen Millionen getöteten KZ-Insassen, den Millionen in deutschen Gewahrsam verhungerten Kriegsgefangenen und den Millionen von Deutschen getöteten Zivilisten und Soldaten.

Der Tag sollte eine Warnung sein, dass in deutschem Boden nie mehr Rassismus und Nationalismus keimen darf.

Krisenjahr 2019 und dann erst 2020

Die deutschen Autokonzerne BMW, VW, Mercedes und Opel machten 2019 zusammen nur einen Gewinn von 21,8 Milliarden Euro (Mercedes 5 Milliarden, VW 13,3 Milliarden, Mercedes 2,4 Milliarden, Opel 1,1). Dieses katastrophale Geschäftsergebnis war Strafbzahlungen wegen des Unverständnisses mancher Länder („Dieseloptimierung“), Rückstellungen wegen anderer möglicher ungerechtfertigter Strafbzahlungen und überflüssigen Investitionen in Zukunftstechnologien geschuldet. Diese gebeutelte Industrie mit ihren Anlegern nun in Corona-Krisenzeiten nicht zu unterstützen, bedeutet den Industriestandort Deutschland aufzugeben. Diese Konzerne produzieren und / oder verkaufen zwar den Großteil ihrer Autos im Ausland, haben aber trotzdem ein Recht darauf vom deutschen Steuerzahler unterstützt zu werden, auch damit ausländische Investoren nicht abgeschreckt werden, weil die nicht wissen, dass man in schlechten Jahren keine Dividende bekommt und Nichtwissen schützt vor ausfallenden Dividenden. Diese internationale Zusammenarbeit deutscher Konzerne mit dem Ausland, welche auch bei der Steuergestaltung lobend zu erwähnen ist, darf auf keinen Fall gefährdet werden.

Besser als hervorragend funktionierende Euro 4 - (seit 2006) und Euro 5 - (seit 2011) Autos ins Ausland zu verkaufen um in Deutschland eine Prämie zu kassieren, wäre es allerdings, den Herstellern für möglicherweise verkaufte

Autos direkte Prämien zu zahlen, damit die Euro 4/5 –Autos in Deutschland aus Nachhaltigkeitsgründen weiter gefahren werden können (nicht umsonst macht die Industrie die Autos immer langlebiger – z.B. Rostschutz). Auch bricht dann der Neuwagenabsatz im Ausland wegen der Gebrauchtwagenschwemme aus Deutschland nicht zusammen. Die deutschen Autokonzerne sollten also ihren innerdeutschen erwarteten Kfz-Absatz, unabhängig von den tatsächlich verkauften Autos, direkt beim Bundesfinanzministerium melden um eine Förderung erhalten zu können. Das Bundesfinanzministerium erlaubt dann den Ministerpräsidenten der „Autoländer“ (Niedersachsen, Baden-Württemberg, Bayern) die Prämien aus eigenen Haushaltsmitteln auszuzahlen.

Sollten die Gesamtgewinne der deutschen Konzerne trotzdem unter die kritische Gesamtgewinngrenze von 20 Milliarden Euro fallen, ab der sich Herstellung und Vertrieb von Autos nicht mehr rechnen, könnte der deutsche Steuerzahler den Konzernen eventuell auch noch die im Ausland geplanten Autoverkäufe mit Prämien versüßen.

Dabei gilt natürlich das Vertrauensprinzip, denn was gibt es ehrlicheres als Manager deutscher Autofirmen – die würden nie betrügen oder versuchen, sich einen unlauteren Vorteil zu verschaffen.



Bildquelle: www.flickr.com